

13.40

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Frau Bundesministerin! Frau Staatssekretärin! Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuseherinnen und Zuseher! Ich darf zu Beginn über Ersuchen meines Kollegen Werner Amon ganz herzlich Vertreter der Gemeinde St. Stefan ob Stainz mit Bürgermeister Stephan Oswald an der Spitze begrüßen. Herzlich willkommen im Hohen Haus! *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ sowie des Abg. Steinbichler.)*

Ich nehme Bezug auf die Tagesordnungspunkte 12 und 9, der dem ja inhaltlich entspricht, wo es darum geht, dass der Herr Sozialminister mit dem Verein für Konsumenteninformation über Extradotationen wegen TTIP verhandeln möge.

Die Finanzierung des VKI war ja, wie wir gehört haben, schon mehrmals Thema. Auch das Thema der Dotierung mit den Bußgeldern der Bundeswettbewerbsbehörde ist momentan, haben wir schon gehört, in Verhandlung mit dem Justizressort. Ich glaube dennoch, dass wir hinsichtlich der Finanzierung des VKI im Rahmen der Budgetverhandlungen eine entsprechende Lösung gefunden haben, damit das VKI seine Arbeit gut weitermachen kann.

Da aber die Kosten für TTIP, das ist auch bereits angesprochen worden, sicherlich nicht leicht abzuschätzen sind, wurde dieser Antrag auch dem Ausschuss für Wirtschaft und Industrie zugewiesen.

Der VKI leistet wichtige Arbeit, unbestritten, wenn er Musterprozesse für Verbraucherinnen und Verbraucher führt, er leistet wichtige Arbeit in der Beratung und Information für Verbraucher. Gerade im Konsumentenschutzbereich ist Information wichtig. Ich halte das für viel besser, als alles bis ins kleinste Detail zu regeln und zu normieren – es wurde heute auch schon von der überbordenden Bürokratie gesprochen.

Information stärkt auch die Eigenverantwortung, die immer wichtiger wird. Information ist aber auch immer dann wichtig, wenn Volksbefragungen kolportiert werden, etwa, weil es auch in diesem Antrag angesprochen wurde, zu TTIP. *(Zwischenruf des Abg. Steinbichler.)*

Der Nationalrat hat in der Entschließung vom 24. September 2014 Anforderungen an Freihandelsabkommen festgelegt. Ich denke schon, dass auf dieser Grundlage Verhandlungen geführt werden müssen, dass sachlich analysiert werden muss, die Auswirkungen abgeschätzt werden müssen und dass dann zu entscheiden ist. *(Abg. Belakowitsch-Jenewein: Von wem? Von wem soll abgeschätzt werden?)*

Informationen werden am besten über Emotionen vermittelt, habe ich vor Kurzem gehört. Aber wenn nur mehr Emotionen übrig bleiben, dann kann das leicht nach hinten losgehen.

In diesem Zusammenhang ist mir heute ein Kommentar von Birgit Braunrath im „Kurier“ in die Hände gefallen, den ich jetzt zur Hälfte vorstellen darf. Da geht es zwar um CETA, aber es ist auf viele Bereiche anzuwenden. Sie schreibt:

„Wer ein so fachspezifisches Thema für Wahlwerbung nutzt, erweist der Demokratie einen Bärendienst und hofft, dass ihm viele auf den Leim gehen. Wozu lesen denn Wähler alle fünf Jahre die Parteiprogramme und entscheiden dann, wem sie ihre Stimme geben? Damit diese Partei ihre Interessen im Parlament bestmöglich vertritt. Damit deren Experten diese 1 600 Seiten durchackern, die Wähler umfassend und verständlich informieren und dann darüber entscheiden. Das ist politische Verantwortung. Demokratie heißt nicht, dass das Volk die Arbeit derer erledigt, die es gewählt hat.“

Ich denke, ein durchaus beachtenswerter Artikel, der zum Nachdenken anregt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

13.43

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Brunner. – Bitte, Frau Abgeordnete.